

Der Reichstag für die Kriegsgewinnsteuer

Noch vorgestern glaubte man, daß der Reichstag — das Plenum wenigstens — gestern in die Ferien gehen würde. Aber gestern vor der Sitzung wurde es anders beschlossen: es scheint ja überhaupt nichts so beständig zu sein wie der Wechsel in den Beschlüssen, die der Reichstag über die Einrichtung seiner Tagung faßt. Also man wird heut noch einmal zusammenkommen. Aber man hätte es auch wirklich gestern schlecht schaffen können; die Sitzung, die sich übrigens in ruhig-sachlicher Weise bewegte und durch Abwesenheit jeglichen Zwischenfalls glänzte, hatte ohnehin die respectable Länge von fast sieben Stunden.

Die Tagesordnung zeigte an erster Stelle die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über vorbereitende Maßnahmen zur Kriegsgewinnsteuer. Wie bekannt ist die zweite Lesung für die Druckberatung der Vorlagen im einzelnen, Paragraph für Paragraph bestimmt. Gestern jedoch gab es bei § 1 eine ausführliche allgemeine Aussprache, und die Einzelberatung knüpfte dann nur an einen Punkt an, um dessen Deutung und Bedeutung, ethische juristische Abgeordnete sich stritten. Allein die allgemeine Aussprache blieb auch nicht an der eigentlichen Vorlage haften; sie griff über die vorbereitenden Maßnahmen zur Gewinnsteuer weit hinaus auf die zu erwartende Gewinnsteuervorlage selbst und noch weiter auf die Steuern, die noch während des Kriegs zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Budget und nach dem Kriege zur Aufrechterhaltung unserer Finanzwirtschaft notwendig sein würden.

Die Sozialdemokraten richteten, von der Besorgnis getrieben, daß schon für das nächstjährige Budget Steuern geschmiedet werden könnten, die ihnen nicht genehm wären, die Aufforderung an die verbündeten Regierungen, für das Finanzjahr 1916 eine neue Wehrsteuer einzuführen. Das bot den Anlaß, sich mit der Zukunftssteuer zu beschäftigen. Abg. Dr. David, der, ob er auch noch einige Wünsche hat, doch der kommenden Gewinnbesteuerung mit Vergnügen entgegenhielt, wies auf das Beispiel Englands hin, das einen Teil der Kriegskosten durch Steuererhöhungen deckt; das sozialdemokratische Verlangen sollte dazu dienen, auch unserem Steuersystem ein sozialeres Gesicht zu geben. Schatzsekretär Dr. Helfferich wollte das englische Vorbild nicht gelten lassen; wenn die englischen Staatsmänner gemeint hätten, einen großen Teil der Kriegskosten wie in früheren Kriegen auf dem Wege der Steuererhöhung aufbringen zu können, so so haben sie sich gründlich geschnitten; was die Steuererhöhungen ergeben, das reichte nur für die Verzinsung der Kriegsanleihe. Auf nähere Auseinandersetzungen über steuerliche Zukunftsfragen einzugehen, lehnte Herr Helfferich ab. Immerhin erklärte er, daß er keineswegs etwa im Grundsatz der deutschen Kriegsfinanzierung sei, während des Krieges die Finger unter allen Umständen von der Steuer schraube zu lassen, und er kündigte offen an, daß im März mit dem neuen Budget außer der Kriegsgewinnsteuer auch andere neue Steuervorlagen erscheinen werden. Wie diese neuen Steuervorlagen aussehen werden, darüber verriet er allerdings nichts; auch dann nicht, als Abg. Hoch ihn nachher stärker beschwor, indem er ihm vorhielt, daß sein Schweigen Beunruhigung ins Land tragen würde. Nur das verhieß er daß im Kriege die notwendigsten Nahrungsmittel des Volk- von jeder Neubelastung frei bleiben sollen.

Auch auf die Zeit nach dem Kriege kam der Staatssekretär zu sprechen: und er verhehlte nicht, daß dann eine kolossale Steuerlast des deutschen Volkes harre. Es sei ausdrücklich angemerkt, daß er dabei den Zusatz machte: „einerlei, wie groß die Kriegsen tschädigung ist, mit der wir natürlich rechnen“; womit er nur bestätigte, was er schon früher einmal zum Ausdruck gebracht hatte. Ja, darauf müssen wir uns freilich gefaßt machen, daß nach dem Kriege die Steuern auf eine schwindelnde Höhe emporgeschossen werden. Aber wenn Herr Dr. Helfferich nicht daran zweifelte, daß der deutsche Patriotismus sich auch im Steuerzahlen zeigen werde, so zweifelte Abg. Gathein nicht daran, daß, so ungeheuer auch die Ansprüche sein werden, die nach dem Kriege an die Steuerkraft des Volkes gestellt werden müßten, die deutsche Mächtigkeit alle Schwierigkeiten überwinden werde. Daß die benötigten Summen nicht nur aus indirekten Steuern und Monopolen, sondern auch durch Heranziehung von Einkommen und Vermögen zu beschaffen sein würden, erschien ihm dabei ein selbstverständliches Erfordernis. Den sozialdemokratischen Antrag lehnte er ab, wie es vorher auch Abg. Dr. Stresemann getan hatte und wie es nachher die Abgeordneten v. Braehausen und Martin taten: nicht aus Abneigung gegen den diesem Vorschlag zugrunde liegenden Gedanken, sondern aus praktischen Erwägungen, die eine Veranlagung während der Kriegszeit nicht zuließen.

Die sozialdemokratische Resolution wurde abgelehnt, dagegen die Resolution der Kommission, die auf die Herausgabe übermäßiger oder unlauterer Gewinne aus Kriegslieferungen abzielt, einstimmig angenommen, obwohl Staatssekretär Dr. Lisco Bedenken über Bedenken hinsichtlich der praktischen Durchführbarkeit geäußert hatte. Abg. Schiffer, der Urheber des von der Kommission in ihre Resolution übernommenen Antrags, kennzeichnete die Forderung als eine Ergänzung zur „moralisirenden“ Gewinnsteuer vor moralischen Gesichtspunkten aus.

Das Gesetz selbst wurde, nachdem die einzelnen Paragraphen in der zweiten Lesung genehmigt waren, auch gleich in dritter Lesung angenommen und zwar einstimmig. Auch der Gesetzentwurf über die Kriegsabgaben der Reichsbank wurde in zweiter und dritter Lesung verabschiedet; ein vom Reichsbankpräsidenten Havenschein bekämpfter sozialdemokratischer Antrag, wonach die Abgabe den vollen Ueberschuß der Kriegsgewinne über den Durchschnittsertrag der drei letzten Friedensjahre erfassen soll — der Ausschuß hatte sie schon vor der Hälfte auf drei Viertel des Reingewinns erhöht — fand bei keiner Partei Unterstützung.

Den Bericht über die Sitzung veröffentlichen wir in der 4. Beilage.

Der Reichshaushaltsausschuß trat gestern abend nach der Plenarsitzung zusammen, stellte den Bericht über die Beratung der militärischen Fragen fest und beschloß, die nächste Sitzung am Montag, 11. Januar 1916, abzuhalten.

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Minderheit.

Wie die „Berliner Morgenpost“ erfährt, hat in der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Anzahl von Mitgliedern der Minderheit angefündigt, daß sie bei der heutigen Abstimmung über die Kriegskredite die Forderungen ablehnen und ihre Abstimmung durch eine Erklärung begründen werden.